

Begründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
Nr. 11

Beilage für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt

Abonnementspreis: Im Monat Oktober 16,000 000 M., und Nachzahlung. Ein einzelnes Exemplar 5 M. M. Anzeigenpreis: Die erste Zeile einer Woche 100 M., die zweite 75 M., die dritte 50 M., die vierte 25 M., die fünfte 15 M., die sechste 10 M., die siebente 5 M., die achte 3 M., die neunte 2 M., die zehnte 1 M., die elfte 1 M., die zwölfte 1 M., die dreizehnte 1 M., die vierzehnte 1 M., die fünfzehnte 1 M., die sechzehnte 1 M., die siebzehnte 1 M., die achtzehnte 1 M., die neunzehnte 1 M., die zwanzigste 1 M., die einundzwanzigste 1 M., die zweiundzwanzigste 1 M., die dreiundzwanzigste 1 M., die vierundzwanzigste 1 M., die fünfundzwanzigste 1 M., die sechsundzwanzigste 1 M., die siebenundzwanzigste 1 M., die achtundzwanzigste 1 M., die neunundzwanzigste 1 M., die dreißigste 1 M., die einunddreißigste 1 M., die zweiunddreißigste 1 M., die dreiunddreißigste 1 M., die vierunddreißigste 1 M., die fünfunddreißigste 1 M., die sechsunddreißigste 1 M., die siebenunddreißigste 1 M., die achtunddreißigste 1 M., die neununddreißigste 1 M., die vierzigste 1 M., die einundvierzigste 1 M., die zweiundvierzigste 1 M., die dreiundvierzigste 1 M., die vierundvierzigste 1 M., die fünfundvierzigste 1 M., die sechsundvierzigste 1 M., die siebenundvierzigste 1 M., die achtundvierzigste 1 M., die neunundvierzigste 1 M., die fünfzigste 1 M., die einundfünfzigste 1 M., die zweiundfünfzigste 1 M., die dreiundfünfzigste 1 M., die vierundfünfzigste 1 M., die fünfundfünfzigste 1 M., die sechsundfünfzigste 1 M., die siebenundfünfzigste 1 M., die achtundfünfzigste 1 M., die neunundfünfzigste 1 M., die sechzigste 1 M., die einundsechzigste 1 M., die zweiundsechzigste 1 M., die dreiundsechzigste 1 M., die vierundsechzigste 1 M., die fünfundsechzigste 1 M., die sechsundsechzigste 1 M., die siebenundsechzigste 1 M., die achtundsechzigste 1 M., die neunundsechzigste 1 M., die siebenzigste 1 M., die einundsiebzigste 1 M., die zweiundsiebzigste 1 M., die dreiundsiebzigste 1 M., die vierundsiebzigste 1 M., die fünfundsiebzigste 1 M., die sechsundsiebzigste 1 M., die siebenundsiebzigste 1 M., die achtundsiebzigste 1 M., die neunundsiebzigste 1 M., die achtzigste 1 M., die einundachtzigste 1 M., die zweiundachtzigste 1 M., die dreiundachtzigste 1 M., die vierundachtzigste 1 M., die fünfundachtzigste 1 M., die sechsundachtzigste 1 M., die siebenundachtzigste 1 M., die achtundachtzigste 1 M., die neunundachtzigste 1 M., die neunzigste 1 M., die einundneunzigste 1 M., die zweiundneunzigste 1 M., die dreiundneunzigste 1 M., die vierundneunzigste 1 M., die fünfundneunzigste 1 M., die sechsundneunzigste 1 M., die siebenundneunzigste 1 M., die achtundneunzigste 1 M., die neunundneunzigste 1 M., die hundertste 1 M., die einhundertste 1 M., die zweihundertste 1 M., die dreihundertste 1 M., die vierhundertste 1 M., die fünfhundertste 1 M., die sechshundertste 1 M., die siebenhundertste 1 M., die achthundertste 1 M., die neunhundertste 1 M., die tausendste 1 M.

Nr. 254.

Altensteig, Dienstag den 30. Oktober.

Jahrgang 1923

Der neue Konferenzplan.

In der Kanzlerrede von Hagen hat Stresemann den Franzosen eine gute Erwiderung gegeben, als er ausführte, daß das Verlangen nach der Wiederherstellung der Zustände vor dem 11. Januar seitens Frankreichs unaufrichtig sei, da vor dem 11. Januar keine französische Eisenbahntreue und keine französische Verwaltung im deutschen Westen bestand; folglich könne Deutschland sich aus die von Frankreich geschaffenen Zustände nicht rückgängig machen. Deutschland könne aber auch nicht zahlen, solange die Ruhrbesetzung andauere.

Damit hat der Kanzler noch einmal öffentlich erklärt, daß für uns durch die Ruhrbesetzung das in Versailles geschaffene Vertragsverhältnis gedrochen wurde, und daß es Frankreichs Sache ist, aus diesem Bruch nur eine zeitliche Unterbrechung zu machen. Hieran kann man die Ausführungen des General Smuts schließen, der gleichfalls das Vorgehen Frankreichs als Unterbrechung des Versailles Vertrags bezeichnet und mindestens die Unsicherheit der Ruhrbesetzung als Voraussetzung deutscher Zahlungen nach Ablauf eines Moratoriums hinstellte. In England ist es diesmal Sälzig auf Schlag gegangen; man hat nach langem Stillstehen zuerst den General Smuts vorgeschickt, der schon beim Beginn der Reichskonferenz als der Vertreter aus den diplomatischen Kreisen betrachtet wurde. Man hat jetzt ferner einen Telegrammwechsel veröffentlicht, der zwischen dem 12. und dem 16. Oktober zwischen Curzon und dem britischen Vertreter in Washington erfolgt war und der die Einladung Americas zu der von General Smuts öffentlich angekündigten allgemeinen Konferenz über die Reparationen enthält. Auch die Antwort Americas. Diese ist grundsätzlich zustimmend, aber sie ist an Vorbedingungen geknüpft, die keine allzu großen Hoffnungen auf rasche Lösung der Konferenzfrage erlauben. Amerika hat die Zustimmung sämtlicher Reparationsgläubiger zu der Konferenz und die Zustimmung sämtlicher Reparationsgläubiger zu der Einladung an Amerika verlangt, daß es ferner war an dem Hughes-Vorschlag einer Nachprüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit teilnimmt, gleichzeitig aber auch an dem Vorbehalt, den der Hughes-Vorschlag gegen jede Verbindung der deutschen Reparation mit den interalliierten Schulden an Amerika erhob. Wenn Amerika in seiner Antwort an Curzon neuerdings die amerikanischen Forderungen als unantastbar ihrer Höhe nach erklärt und offenbar nur in langer Erstreckung und geringem Umfang der Rückzahlung nach dem Muster des englisch-amerikanischen Abkommens Rücksichten über will, dann wird damit praktisch wieder die Reparationsfrage durch die interalliierten Schulden befaßt.

In einer Rede, die sich zum Teil an General Smuts anschloß, hat nun Baldwin selbst öffentlich erklärt, Frankreich solle es sich einmal, zweimal und dreimal überlegen, bevor es diesen Konferenzplan ablehne. Wir stehen also vor der Tatsache eines englischen Schrittes, der ganz undiplomatisch und in aller Offenlichkeit Frankreich auffordert, den letzten Weg zur Sanierung Europas zu gehen, der in einer solchen Konferenz mit Beteiligung Americas gegeben wäre.

Man hat zunächst in Paris zwar der allgemeinen Konferenz der Regierungen nicht zugestimmt, man hat aber angeregt, daß ein internationaler Sachverständigenausschuß von der Reparationskommission ernannt werde, ein Ausschuß, der Deutschlands Zahlungsfähigkeit feststellen und auch deutsche Vertreter anhören könne. Es hieß zuerst, daß man den beratenden Charakter dieses Sachverständigenausschusses deshalb wolle, weil der Ausschuß dann verhandeln könne, ehe nach dem französischen Standpunkt der passive Widerstand aufgehört habe, ehe also die berühmte Lage „vor dem 11. Januar“ wiederhergestellt sei. Nun hat Poincare in einer Sonntagsrede die Sachverständigenkonferenz behandelt, nachdem er zuvor auf Deutschland die üblichen Verleumdungen ausgeübt. Zunächst betont der schlaue Advokat sehr geschickt, daß es sich nur um die Herbeiführung der Mitarbeit Americas handelt, nicht um eine bloße Deutschland. Also ein echtes Manöver Poincares! Was England-Amerika wollen, ist etwas anderes. Poincare will nicht die deutsche Schuld herabsenken durch rechtliche Prüfung der Leistungsfähigkeit, sondern nur die eigentliche Zahlungsfähigkeit prüfen lassen, um festzustellen, was Deutschland in der aller-

nächsten Zukunft zu leisten imstande ist. Alles soll innerhalb der Reparationskommission abgeklärt werden. Also immer wieder ist Poincare der Mann, über das Chaos in Europa verhängt und der die Katastrophe in Deutschland herbeiführt. Ob England eine Milderung bei Poincares Stellungnahme erreicht, erscheint sehr fraglich. Poincare hat durch seine Sonntagsrede die geplante Reparationskonferenz zum Voraus sabotiert.

Poincare über die Sachverständigenkonferenz.

Poincare hielt am Sonntag bei der Einweihung eines Denkmals in seiner Heimatgemeinde Damigny eine große politische Rede, in der er u. a. sagte: Die Politik der Vereinigung und des schlechten Willens, vereinigt mit der Verschwendung und dem Währungsverfall hat in Deutschland zu einer inneren Katastrophe geführt. Sie hat den Kampf zwischen den widersprechenden Interessen entfacht und den alten Gegensatz der deutschen Staaten wieder erweckt. Diese Bewegungen sind nicht unser Werk. Wir werden uns von der inneren Angelegenheit Deutschlands fernhalten. Wir tragen uns nicht mit dem Plan von Amerikern. Wir werden nicht aufhören, dauernde Garantien für unsere Sicherheit zu verlangen. Die Sicherungen, die uns durch den Versailles Vertrag versprochen wurden, sind uns nie gegeben worden. Deutschland hat seit mehreren Monaten die Tätigkeit der interalliierten Militärkommission lahmgelegt. Es hat sich der Mehrzahl seiner Verpflichtungen im Hinblick auf Anzahl und Entlohnung seiner Truppen entzogen. Es ist überdies im jetzigen Augenblick in der Lage, seine Fabriken zur Herstellung von Kanonen und Munition umzuwandeln. Es kann in wenigen Tagen seine Luftflotte ausrüsten. Es hat auch nicht die militärischen Einflüsse abgeschüttelt, von denen es sich solange beherrschten ließ. Es ermutigt oder duldet zum mindesten eine wahnsinnige Propaganda der Revanche und Imperialismus. Wir wären also sehr unklug, wenn wir nicht auf unserer Hut bleiben und wenn wir unsere Verteidigungsmittel ausgeben oder schwächen wollten. Wir sind ebenso wenig entschlossen, unser Recht auf Reparationen zu opfern. Alles, was sich jetzt ereignet, beweist nur, daß wir in hohem Grade daran Recht hatten, Pfänder zu ergreifen. Ich weiß, daß wir unsere Pfänder nicht aufgeben werden, ehe wir die Summe unserer Wiedergutmachungen erlangt haben. Es ist Sache Deutschlands, selbst den Zeitpunkt für die Klärung des Ruhrgebietes zu beschleunigen.

Unsere Verbündeten verlangen von uns, im Augenblick zu einer neuen Abschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit zu schreiten. Was versteht man darunter? Wenn es sich darum handelt, auf einem Umweg zu einer Verringerung der deutschen Schuld zu kommen, so ist das ein Weg, den wir unterseits nicht begünstigen werden. Wenn es sich jedoch darum handelt, was Deutschland später oder in unmittelbarer Zukunft leisten kann, so ist in der Tat nichts wichtiger als eine solche Untersuchung. Aber gerade da ist die Reparationskommission durch den Versailles Vertrag damit betraut, von Zeit zu Zeit die deutsche Zahlungsfähigkeit, die mit den wirtschaftlichen und finanziellen Zuständen Deutschlands schwankt, zu prüfen. Es ist kein Grund vorhanden, der Reparationskommission eine ihrer wichtigsten Aufgaben wegzunehmen. Der englische Ministerpräsident hat die Bitte und die Einladung an mich gerichtet, an einer interalliierten Konferenz oder der Einberufung von Sachverständigen unter Aufsicht der Reparationskommission teilzunehmen. Wir wünschen ebenso wie der englische Ministerpräsident, daß die Vereinigten Staaten von Amerika sich dazu entschließen mögen, den Angelegenheiten in Europa nicht mehr fern zu bleiben. Wir glauben, daß die Sache der Menschheit besser gestellt sein wird, je enger die wirtschaftliche, finanzielle und moralische Zusammenarbeit zwischen dem alten und dem neuen Kontinent geknüpft ist. Wenn die englische Regierung nicht daran denkt, von uns die Mitwirkung Deutschlands zu einer solchen Konferenz zu verlangen, wenn sie bloß den Wunsch hat, ebenso wie wir die Mitarbeit der Vereinigten Staaten herbeizuführen, dann ist es sehr

wichtig, daß wir uns über eine Idee verständigen, die bereits in Rom, wie in Washington, in Brüssel und in Paris erwogen wurde. Die Reparationskommission ist nun einmal da und sie beschäftigt sich jeden Tag mit Untersuchungen und Gutachten. Sie kann ohne jede Neuerung den halbamtlichen Vertreter der Vereinigten Staaten auffordern, amerikanische Sachverständige zu ernennen, die gemeinsam mit den französischen, englischen, italienischen und belgischen Sachverständigen die augenblickliche Zahlungsfähigkeit Deutschlands prüfen und vom Reich ein Programm der Finanz- und Währungsreform sowie einen genauen Reparationsplan fordern. Alles das würde im Rahmen des Vertrags bleiben. Wir können aber nicht anerkennen, daß die Reparationskommission abgesetzt und daß sie durch eine Körperschaft ersetzt wird, in der unser Einfluß, der bereits hinter unserer Interessenanteile zurücksteht, noch herabgedrückt wird. Die Grenze unserer Jugendsünde ist erreicht. Wir werden sie nicht überschreiten. Wir vergessen niemals den wesentlichen Anteil, den unsere Verbündeten an dem gemeinsamen Sieg genommen haben. Wir bewahren das Andenken an die Waffenbrüderschaft, die den Sieg unserer Anstrengungen gesichert hat. Aber jeder von uns hat, indem er für die Anderen kämpfte, zugleich für sich selber gekämpft. Wir haben ebenjoviel gegeben, wie wir empfangen und wir können eine Dankbarkeit verlangen, die wir selber unseren Freunden schulden.

Das Reich gegen Sachsen.

Auf Grund des § 48 der Reichsverfassung, dessen Auslegung aber verschiedentlich umstritten ist, haben Reichspräsident und Reichskanzler eine Verordnung erlassen, durch die die sächsische Landesregierung und die sächsischen Gemeindebehörden ihrer Stellung entzogen werden können, um die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Sachsen durchzuführen. Die Enthebung der sächsischen Regierung durch die Reichswehr ist bereits erfolgt, der Zutritt des Landtags verboten worden. Gegen dieses Vorgehen werden in der gesamten Koalitionspresse die stärksten Bedenken geltend gemacht. Politisch wird es für die Sozialdemokratie eine Feuerprobe werden, ob sie innerhalb der Reichsregierung diesen Schlag gegen Mitglieder ihrer Partei, die sich allerdings stark mit dem Kommunismus verbunden haben, aushalten wird. Fast scheint es, als ob die Sozialdemokratie als Folge dieses Vorgehens den Austritt aus der Reichsregierung erklären wird.

Parallel damit läuft das Vorgehen der Reichsregierung gegen Bayern, zunächst nicht von der Schärfe wie gegen Sachsen, aber doch zeigt die Forderung von der Unterstellung der Reichswehr unter die Befehlsgewalt des Reiches deutlich, daß auch hier die Autorität des Reiches hergestellt werden soll.

Dr. Stresemann spielt ein gewagtes Spiel. Wie wird es enden? Wer vom Parlamentarismus berufen ist, aber so mit den parlamentarischen Ministern der Landesregierungen umspringt, hat Sturm zu erwarten.

Dr. Heinz Reichskommissar für Sachsen.

W.D. Berlin, 29. Okt. Der Reichskanzler hat den Minister a. D. Dr. Heinz zum Reichskommissar für Sachsen ernannt.

Ein „kommunistisches Flugblatt“ in Sachsen.

Dresden, 29. Okt. Der Landesverband der R.P.D. und die sächsische Landtagsfraktion der R.P.D. verbreiten ein Flugblatt, in dem außerordentlich scharf gegen das Reichswehrkommando Generalleutnant Müller Stellung genommen wird und in dem es u. a. heißt: Wir kommunizieren erklären: Wir pfeifen auf das Verbot der Hundertschaften durch den Herrn General, wir pfeifen auf alle Verbote und Erlasse, die noch kommen werden. Wir sind in die Regierung eingetreten, um gemeinsam mit den Sozialdemokraten die werktätigen Massen zum Kampf gegen die Militärdiktatur, Faschismus und Ausbeutung zu mobilisieren. Diese offene Kampfanzeige der Kommunisten soll der Reichsregierung die Veranlassung zu ihrem letzten scharfen Vorgehen gegen die sächsische Regierung gegeben haben.

Gewerkschaften und der sächsische Konflikt.

Berlin, 29. Okt. Die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen werden am Dienstag in Berlin in einer Sitzung zum sächsischen Konflikt und zu dem Diktat der sächsischen Gewerkschaften Stellung nehmen.

Verbot säkularer kommunistischer Zeitungen in Sachsen
Dresden, 29. Okt. Der Militärbefehlshaber hat das Erscheinen sämtlicher kommunistischer Zeitungen in Sachsen bis auf weiteres verboten. Die Druckereien werden polizeilich befehligt.

Verteidigung der sächsischen Regierung.

Dresden, 29. Okt. Gegen 1 Uhr mittags begab sich der Hauptmann Olschki in das Ministerialgebäude und überbrachte den Ministern das Beglaubigungsschreiben des Reichskommissars Dr. Heineke. Er enthielt die Minister ihrer Ämter und forderte sie auf, das Ministerialgebäude zu verlassen.

Sachsen protestiert.

Dresden, 29. Okt. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei gibt bekannt: Die sächsischen Minister haben am Montag mittag eine Verordnung des neuen Reichskommissars Dr. Heineke erhalten, wonach sie ihrer Ämter entsetzt sind. Die sächsische Regierung wird gegen diesen Akt bei der Reichsregierung Protest erheben und die sofortige Einberufung des Reichsrats fordern. Außerdem wird sie eine Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der Länder betreiben.

Verbot einer Tagung des Landtags.

Dresden, 29. Okt. Die Bekanntmachung des Wehrkreiskommandos bezüglich des Zusammentritts des Landtags wird wie folgt berichtet: Auf Grund der bestehenden Gewalt verordne ich: Der Landtag tritt bis auf weiteres nicht zusammen.

Das Reich und Bayern.

Bayern gegen den Unitarismus.

München, 29. Okt. Das Ministerium des Innern gab eine amtliche Mitteilung folgenden Inhalts heraus: Die von der Reichsregierung ausgegebene Mitteilung über die Besprechung der Ministerpräsidenten in Berlin hat in einigen Blättern den Eindruck erweckt, als ob der bayerische Gesandte den Standpunkt Bayerns nicht mit der gebotenen Entschiedenheit und Klarheit vertreten und als ob er sogar der Entscheidung zugestimmt habe. Hierzu ist zu bemerken, daß der Gesandte von Preger in seinen, in den offiziellen Mitteilungen nur farblos gegebenen Ausführungen mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck brachte, daß Bayern durch die Reichsregierung förmlich in den Konflikt getrieben worden sei, indem diese den von Bayern verhängten Ausnahmezustand nicht erklärte, sondern durch den Reichsausnahmezustand vertrat. Wenn die Ministerpräsidenten einen Weg zur Befriedung des Konflikts empfehlen wollen, so ist dies nach bayerischer Auffassung nur ein solcher, den Bayern ohne Preisgabe von Rechten in Ehren gehen könne. Das bayerische Volk stehe in seiner großen Masse hinter der Regierung und Herrn von Kahr. Es wird eine Lösung nicht zulassen, bei der das Reich einseitig auf bayerischer Seite ist. Grundständig betonte der Gesandte, daß dieser Konflikt, wie auch die vom Jahre 1921/22 auf dem Boden des Artikels 48 der Reichsverfassung erwachsen sei. Das könne ein Staat, der noch Anspruch darauf macht, ein Staat zu sein, auf die Dauer nicht ertragen. Artikel 48 sei aus der Ueberbannung des unitarischen Gedankens hervorgegangen, wie er sich auch in der ganzen Weimarer Verfassung zeige. Es wird weiter in der amtlichen Mitteilung ausgeführt, daß bei der Entschließung weder der Reichskanzler, noch der bayerische Gesandte selbst amwesend gewesen seien. Herr von Preger habe es sodann als wünschenswert erklärt, daß der Beschluß mindestens in einem Punkte geändert werde, wenn er nicht das Gesamtziel herbeizuführen, bereiten wolle. Diesem Wunsche wurde auch durch eine andere Fassung des betreffenden Passus entsprochen.

Das lockende Licht.

Roman von Erich Ebenstein.

(12) (Nachdruck verboten.)

Geschöpft wendet er sich um und taumelt nach den Haus, umwerft jede Begleitung absehnend.

Hans sieht einen Augenblick wie vor den Kopf geschlagen. Dann merkt er, wie die Augen aller halb müde, halb voll Glauben auf ihm ruhen, und während langsam dunkle Wägen seine Wangen färbt, entfernt er sich mit unsicheren Schritten.

„Der im Wald verbleibt er sich wie ein krankes Tier, frägt den Kopf in beide Hände und weint bitterlich. Geschlagen haben sie den Groß-Reicher Franz, den lebendigen, stolzen Barischen! Warum? Irgegend ein abgemessener Instinkt raunt dem Hans etwas zu von verlockender Liebe und wund gepfeiftem Herzen, das gierig nach Streit greift, um sich zu betäuben. Er kommt der Wahrheit ziemlich nahe.“

Im Morgengrauen erbt schlecht er sich beim. Scheu bleibt er am Waldrand stehen und blickt hinab ins Tal, wo seines Vaters Hof so still und friedlich hinter des Bienenwirts Anwesen liegt, während etwas weiter nach rechts das von altertümlichen Mauern umschlossene Klostergebäude im Schatten ansehnlicher Wälder ruht.

Um das vergoldete Kreuz der sächsischen Klosterkirche zwischen Tarnschwäben und rosenrot durchhauchte Nebelgärten zu glitzen darüber hat. Jetzt läßt die große Glocke, welche die Mönche zur Morgenandacht auf den Thor ruft, friedlich durch die Lüfte.

Trübselig läßt Hans zuhause. Ihm ist, als höre er noch Hofes gelenden Jammerschrei, den kein Götter erlösen kann. Und eine schiefe Angst packt den Barischen: Wie wenn der Tod, der diese Nacht durch das Vorenger Tal schlich, auch in ihrem Herzen die Liebe erschlagen hätte?

Die Lage in München.

München, 29. Okt. Mit Billigung des Generalstaatskommissars marschierte zum ersten Male wieder Hitler-Sturmtruppen mit fliegendem Spiel und fliegenden Fahnen aus der Stadt zum Militärplatz, um dort ihre Übung abzuhalten. Der bayerische Gesandte Herr von Preger kehrt heute von München, wo er der Regierung Bericht erstattete, nach Berlin zurück. Der Minister ist für Donnerstag vormittag einberufen, doch ist eine Entscheidung kaum vor einer Woche zu erwarten. Man will sich zunächst darüber vergewissern, ob die Reichsregierung auf der Aufhebung des Ausnahmezustandes und auf der Entlassung Kahr's und Lossow's bestehen bleibt.

Neues vom Tage.

Goldmarkberechnung bei der Reichsbahn.

Berlin, 29. Okt. Die deutsche Reichsbahn wird am 1. November 1923 im Personen-, Güter- und Gepäckverkehr zum Goldrechnungstarif übergehen. Die bisherigen Grundzahlen, die durch eine Verbriefung mit der Schlüsselfahl den zu erlegenden Papiermarkbetrag ergaben, werden auch künftig der Tarifberechnung zu Grunde gelegt. Der Umrechnungsfuß der Goldrechnungsmark in Papiermark wird täglich auf Grund des amtlichen Dollarkurses an der Berliner Börse festgelegt und den Eisenbahndienststellen telegraphisch mitgeteilt. Dieser auf Milliarden abzurundende Umrechnungsfuß gelangt am nächsten Tage für die Umrechnung der Goldtariffsätze in Papiermark zur Anwendung. Besondere Einrichtungen, wie die Verweisung an bestimmte Schalter und im Notfall an bestimmte Bechsellassen lassen sich dort nicht umgehen, wo bei zunehmendem Umlauf von Rentenmark, Dollarkursabweisungen, Goldanleihe usw. eine Umrechnung am Zahlartenschalter die Abfertigung zu sehr aufhalten würde. An der viertägigen Gültigkeit der Fahrkarten ändert sich auch bei der Einführung der Goldmark nichts. Eine Rücknahme der Fahrkarten am Schalter ist nur am Lösungstage zugelassen. Fahrgeld, Gepäck, Fracht usw. werden zum Goldkurs am Tage der Zahlungsanweisung erstattet. Eine Freistellung findet nur noch auf Goldmarksbasis statt. Der zehnprozentige Zuschlag bei Ueberweisungsfrachten fällt mit der Einführung des Goldumrechnungstarifs weg.

Die Demobilisierungsvorschriften verlängert.

Berlin, 29. Okt. Halbamtlich wird mitgeteilt: Die Gültigkeit der Demobilisierungsvorschriften über die Regelung der Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter und Angestellten läuft am 31. Oktober ab, so daß eine Verlängerung der Geltungsdauer erforderlich geworden ist. Die Reichsregierung hat diese Verlängerung bis einschließend Samstag, 17. November, beschlossen. Bis dahin ist mit einer Verabschiedung des vorläufigen Gesetzes über die Arbeitszeit, das die Demobilisierungsvorschriften ersetzen soll, zu rechnen, da der Reichstag voraussichtlich am 5. November wieder zusammentritt.

Verkehrsbeschränkungen bei der Reichsbahn.

Berlin, 29. Okt. Am 12. November werden bedeutende Verkehrsbeschränkungen bei der Reichsbahn erfolgen, die über das Maß der sonstigen Winterbeschränkungen hinausgehen. Die Notwendigkeit der Kohlenersparnis und die fortgesetzte Verminderung des Personenverkehrs machen diese Maßnahme nötig.

Kommunistische Uebergriffe.

Stuttgart, 29. Okt. Das Wehrkreiskommando V teilt mit: Gelegentlich einer Nachrüstung der Minenwerferkompanie Inf. Reg. 18 im Bieringerheimer Forst bei Ludwigsburg wurde ein vorübergehend allein gebildenes Fahrzeug der Kompanie von einer geschlossenen anrückenden kommunistischen Abteilung umringt.

Der Führer wurde entwarnt und gestungen, nach der Polizeistunde Richtung nach hierauf nach Richtung. nahm unter Hinzuziehung der Polizei den Führer der kommunistischen Abteilung namens Kaufmann und beferte ihn in das Polizeiamt Ludwigsburg ein. — In der Nacht vom 27. auf 28. Okt. wurde in Ludwigsburg der Posten am Pulvermagazin in der Sonnenallee von einem Stoßtrupp von 15 Mann, die mit einer Maschinenpistole ausgerüstet waren, angegriffen. Er erwehrte sich der Angreifer mit Handgranaten und Gewehrschüssen. Wenige Minuten darauf kam ihm eine starke Patronenladung zu Hilfe. Die Angreifer hatten aber bereits die Flucht ergriffen.

Das außerordentliche Gericht in Hamburg.

Hamburg, 2. Okt. Das außerordentliche Gericht tagte bereits am Samstag zum erstenmal und bestrafte verschiedene Jugendliche mit Gefängnis wegen beschuldigten Landfriedensbruchs, Plünderung und Beschimpfung von Beamten. In einem Fall sprach das Gericht das Todesurteil aus wegen Hochverrats.

Gewaltregiment der „Sonderbändler“ in Trier.

Köln, 29. Okt. In Trier führen die Sonderbändler ein wahres Söldnerregiment. Um sich Geld zu verschaffen, haben sie die Druckerei, welche das sächsische Notgeld herstellt, gezwungen, dieses Geld für sie weiter zu drucken, obwohl die Anfertigung für die Stadt bereits eingestellt war. Kaufleuten und Privaten werden die Autos beschlagnahmt. Die Befestigung der Leute der Sonderbändler wird in den sächsischen Notkästen durchgeführt, wo diese mit Gewehren der Sonderbändler bezahlet. Besondere Gewicht legen die Sonderbändler auf die Gewinnung der Eisenbahner, auf die deshalb alle möglichen Druckmittel ausgeübt werden. In den Geschäften ist die Bezahlung in Franken fast vollständig durchgeführt.

Französisches Entgegenkommen in der Kohlensteuerfrage.

Paris, 29. Okt. Den Pariser Blättern wird aus Düsseldorf gemeldet: Am Samstag nachmittag hat im Zuge der interalliierten Kontrollkommission eine fast sechsstündige Beratung stattgefunden, an der außer den französischen und belgischen Leitern der Mission die deutschen Großindustriellen Hugo Stinnes, Glöckner, Voegler, Hoesch und Hubert von der Dortmund Union teilnahmen. Die Besprechungen sollen am Dienstag fortgesetzt werden. Nach den französischen Presseberichten ist eine Verständigung über die Frage der Sachlieferung zu erwarten. Die Großindustriellen sollen bereit sein, die Kohlenlieferungen sofort wieder aufzunehmen und dem Reich für die Rückzahlung des gegenwertes Kredit zu gewähren, falls die Befugnisse der Kohlensteuer entlassen werden. Frankreich und Belgien scheinen diese Bedingungen anzunehmen.

Ein Krupp-Abkommen mit Frankreich.

Paris, 29. Okt. Die Blätter melden, daß die Verhandlungen der Befugnisbehörden mit Herrn von Krupp, der provisorisch aus dem Gefängnis entlassen worden ist, zur Vereinbarung eines Abkommens, ähnlich wie das vom Wolff-Konzern, unmittelbar vor dem Abschluß stehen.

England gegen die Separatisten.

London, 29. Okt. Nach dem „Daily Telegraph“ beschloß das britische Kabinett, keine separatistische Regierung anzuerkennen. Sie wies die britischen Befugnisbehörden an, die Insurgenten nicht in die britische Zone einzulassen, auch nicht die Kontrolle über die deutschen Beamten und Eisenbahnen des Rheinlands der französisch-belgischen Regie zu übergeben. Dem Blatt zufolge unterstützen die französisch-belgischen Befugnisbehörden einzelne Separatistengruppen.

Wochen sind vergangen.

„Du mein, er ist halt nimmer derselbe, Hochwürden! Ganz lech schleicht er herum in Haus und Hof, kaum daß er da und dort ein bißel mitarbeiten kann. Der Doktor sagt, er hält's im Magen, aber ich weiß es wohl, das Unglück geht ihm so viel an... nit nur, daß dem Gregor das halt passieren müssen auf der Martina ihrer Hochzeit... Da lieber Gott, schließlich kann ja der Bub nichts dafür und das Gericht hat's ja auch anerkannt, daß es nur Notwehr war und der Franz sich selber im Falln das Genick gebrochen hat, aber daß er nit ablassen will von der Kellner Ploni, fell jetzt halt hart an meinem Mann! Und wie's schon ist, ein Anglück bleibt nicht allein, der Hans macht uns auch Sorgen.“

Die Verbärin hat alles in weinerlichem, gebrechtem Tone vorgebracht als Antwort auf des Vater Hofmeisters Frage, wie es dem kranken Manne gehe.

Sie stehen am Kirchentor, denn die Verbärin kam eben wie jeden Morgen aus der Kirche.

Das freundliche Gesicht des geistlichen Herrn legt sich in mahnende Falten, als sie jetzt am Schluß ihrer Rede mit dem Bißel ihrer schwarzgebeugten Schürze an die Augen fährt.

„So, so. Der Hans macht euch auch Sorgen? Was laßt er denn, der Sappermenter?“

„Soviel ungut ist er halt, Hochwürden. Die Kramers-Dais hat ein Auge auf ihn geworfen, die reiche Kramers-Dais, Hochwürden, deren Trauerjahr jetzt na ist. Mein Gott, ewig kann sie auch nit um ihren alten Mann trauern! So eine junge Witwe will halt doch wieder einen Mann und der Hans stünde ihr just an. Das Geschäft geht gut, dazu das schuldlose Hans und in der Spar-Kasse hat sie auch einen schönen Bagen... dreimal hat sie 's der Staat schon erzählt und durchschneiden lassen, wie sie sich wohl recht wünschelt läte, wieder in den heiligen Bestand zu treten. Ah, denn der Hans gar nit ein-

mal ein Wafel Schnaps bei ihr trinken möchte... aber es ist halt ein Kreuz mit dem Buben! Immer noch deckt ihm die Hofel im Kopf, wiewohl sie ihm ausweicht und der Alte oben auf'n Tullnerjattel es überall herumschreit, daß er unsern Buben mit den Händen vom Hof jagen möchte, wenn er sich noch einmal oben bilden lassen läte. Ist wohl ein rechtes Kreuz, Hochwürden! So schön könnten wir den Hof schuldlos bekommen, wenn der Bub geheilt wäre!“

Sie weint wieder ein wenig, schneuzt sich dann geschäftig und fährt jammernd fort:

„Wenn ich unsere liebe Frau nit hält, dann müßt ich wohl ganz verzagen. Alle Tage klag ich ihr mein Leid und da gibt sie mir halt manchmal einen gescheiten Gedanken ein. Heut wieder. Und das ist der: Wenn Hochwürden einmal dem trostigen Buben ins Gewissen reden wollten! Dem vierden Gebot und so halt...“

Ihre wasserblauen Augenlein schielen erwartungsvoll zu dem Priester auf. Der aber macht eine feigliche abwehrende Bewegung.

„Da müßt ich mich nicht ein, Verbärin. Wie ich den Hans keine, tät's kein gut. Aber rede sie doch lieber dem Bagen zu, daß er uns den Buhenschlag verläßt. Denn wie's ist, Wunter ihr manche Sorge los werden?“

„Da weilt, Hochwürden, was haben wir schon alle auf den Verstande! Aber da wird er schoner wild und der Hans hat halt den Buben auf uns schreit, er duldet nit. Ein Kreuz, ein wahres Kreuz... und wenn unser Herrgott mir jekt gar noch den Mann nehmen wollte, dann füt ich da als arme Witwe auf dem verschuldeten Hof und weilt nit aus noch ein...“

„Na, na, Verbärin, man müßt nit gleich das Schmachte fürchten! Der liebe Gott wird den Bauer schon gesund werden lassen. Und das Schit ist immer noch da. Das wird sie nicht im Stich lassen, daran denken sie nit immer!“

(Fortsetzung folgt.)



e. Zusammenkunft der Jungfrauenvereine. Am vergangenen Sonntag fand hier eine Zusammenkunft der Jungfrauenvereine des hiesigen Bezirks statt, die erfolgreich gut besucht war.

Verdoppelung der für 1. November festgesetzten Postgebühren. Aus Berlin wird gemeldet: Unter dem Zwange der Geldentwertung hat die Postverwaltung die zum 1. November festgesetzten, den Zeitungen bereits bekannt gegebenen Gebühren für Briefsendungen und Pakete des Inlandsverkehrs verdoppeln müssen.

Rechtshilfeverkehr zwischen Württemberg, Baden und Hessen. Zwischen den Regierungen der Länder Württemberg, Baden und Hessen ist vereinbart worden, daß im Rechtshilfeverkehr zwischen diesen Ländern wechselseitig auf die Erstattung solcher Kosten verzichtet wird, welche bei der Inanspruchnahme von Beamten oder Behörden des Polizeis- und Sicherheitsdienstes eines dieser Länder durch die Justizbehörden eines anderen Landes auf Grund der §§ 159, 163, 187 und 200 der Strafprozessordnung erwachsen.

Ermäßigung der Monats- und Wochenkarten. Zur Erleichterung des Berufs- und Siedlungsverkehrs werden die Preise der Monats- und Wochenkarten auf der Reichsbahn in der Weise ermäßigt, daß die Anzahl der zu berechnenden Einzelfahrten herabgesetzt wird: bei allgemeinen Monatskarten von 20 auf 16, bei allgemeinen Wochenkarten von 5 auf 4, bei Kurzarbeitermonatskarten von 3 auf 2 und bei Schülermonatskarten von 10 auf 8.

Reichsbanknotensatz für Steuerzahlungen. Infolge der Zahlungsmittelknappheit werden von den Kassen der Reichsfinanzverwaltung (Finanz- und Zollkassen) bei der Entrichtung von Reichsabgaben bis auf weiteres befristete Reichsbanknoten in Zahlung genommen.

Die Novembermiete. Bei der Mietzinsbildung für den Monat November hat das württ. Ministerium des Innern trotz der bestehenden Bedenken grundsätzlich an der für den Monat Oktober getroffenen Regelung festgehalten, die für Oktober festgesetzten Zuschläge jedoch um ein Drittel erhöht.

Der neue Landesfrischmilchpreis. Der Erzeugerpreis beträgt für die Zeit vom Mittwoch, den 31. Okt. bis Freitag, 2. Nov., einschließlich 1,8 Milliarden M. frei Sammelstelle.

Ein Ehrenblatt für den Bauernstand. Dem Stadtpfarrer Dr. Schmidt in Munderkingen ist es gelungen, in Emerkingen, Hausen, Luppenhofen, Gätelhofen beim Kartoffelaufkauf das denkbar größte Entgegenkommen und Verständnis für die Notlage der Armen und Beschäftigungslosen zu finden.

Agald, 29. Okt. (Jubiläum) Am 1. Oktober dieses Jahres waren es 25 Jahre, daß Herr Schulrat Schott das Bezirkschulinspektorat übernahm, zunächst im Nebenamt als Pfarrer von Alenkeig-Doif und dann von 1911 ab unter Zuteilung von Gemeinden des Oberamts Calw im Hauptamt mit dem Sitz in Agald.

jährigen Amtszeit ein. Gefänge des Lehrers umrahmten die Feier. Im Laufe derselben wurde der Jubilare aus der Lehrerschaft gedacht, die 25 und mehr Jahre ihre Kraft in den Dienst der Jugend gestellt haben.

Emmingsen, 29. Okt. (Deutscherwahl) Bei der am Sonntag stattgefundenen Wahl haben von 365 Wahlberechtigten 335 abgestimmt. Davor erhielten Frey Huber, Schreinermeister 212 Stimmen, Müller, Postagent, 79 St., J. W. Weisbrecht, Gemeindevorstand, 43 St., 1 Stimme war ungültig.

Calw, 27. Okt. Der seit 1. Oktober eingeführte Vorverkauf von Gas und Strom erregt in der Stadt große Mißstimmung. Bei gleichbleibenden Preisen der Gas- und Stromerzeugung ohne große Nachteile für die Gas- und Wasserversorger verbunden gewesen, bei dem aber täglich in die Höhe gehenden Dollar- und Goldmarkstand kamen die Leute eben nicht mehr mit und konnten nicht mehr kaufen, nur den Geschäftskleuten, die eben nur noch nach Goldmark verkaufen, ist es möglich, jeden Tag von der Einrichtung Gebrauch zu machen.

Stuttgart, 29. Okt. (Politisches.) In einer Vorkundgebung der württ. Bürgerpartei wurde eine Entschiedenheit angenommen, in der es heißt: Die unentschiedene Haltung der Minderheitsregierung in Württemberg wird zu einer immer größeren Gefahr.

Stuttgart, 29. Okt. (Messe.) Im Stuttgarter Handelshof wird vom 15.-19. Januar 1924 zum neunten Male die Groß- und Exportmessen der Metallindustrie abgehalten. Zahlreiche Anmeldungen erster Firmen der Rohmetallebranche aus ganz Deutschland zeigen, wie sich diese Fachmesse ausdehnt.

Tagtöter, 29. Okt. (Ertrunken.) Die seit drei Viertel Jahren vermisste Marianna Kucher wurde im Meer bei der Mühle ertrunken aufgefunden. Sie war am 9. Januar abends vom Hause fortgelaufen und ist bei dem damaligen Hochwasser wahrscheinlich in die Jagt gestürzt.

Widdas, 29. Okt. (Spende.) Aus Amerika ging dem hiesigen Stadtschultheißenamt eine Gabe von 1500 Milliarden M. zu Gunsten alter, gebrechlicher Leute zu.

Calw, 29. Okt. (Reuter.) Zwei der am Einbruchdiebstahl in Wittershausen beteiligten Häftlinge schlugen den Gerichtsdieners nieder und verwundeten ihn am Hals. Die sofort erschienene Landjägermannschaft brachte die Reuternden wieder in ihren Gewahrsam.

Alm, 29. Okt. (Die Kommunisten.) Der Abg. Kohnmann (D. Sp.) hat an die Regierung folgende „Kleine Anfrage“ gerichtet: In Alm ist wiederholt an Mitglieder kommunistischer Hundertschaften scharfe Munition verkauft worden. Weiterhin wird behauptet, daß von Ulmer Firmen Angehörige kommunistischer Hundertschaften mit militärischen Ausrüstungsgegenständen versehen worden seien.

Aufendorf, 28. Okt. (Zur Milchwirtschaft.) Der milchwirtschaftliche Landesverband beschloß, von der unheilvollen Goldmarkrechnung mit Rückblick auf den Verbrauch der Milch seitens der Verarbeitungsbetriebe soll auch weiterhin nach den von der Reutener Börse errechneten Preisen für Milchzeugnisse stattfinden.

Ravensburg, 29. Okt. (Die Buchvergiftung in Waldsee vor Gericht.) Vor der Strafkammer fand die Verhandlung gegen den Metzgermeister Joseph Kieger von Waldsee statt, der unter der Anklage eines Vergehens gegen das Lebensmittelgesetz in Zusammenarbeit mit schließlicher Leitung stand. Bekanntlich waren anfangs August in Waldsee 65 Personen an einem bei Kieger gekauften Schinkenmagen erkrankt.

Wartes Allerlei

Großzügige Spende. Die Mitglieder der Münchener Bank- und Bankiersvereinigungen haben dem südtürkischen Wohlfahrtsamt in Goldanteile den Betrag von 375 Millionen M. zum Einkauf von Kartoffeln und Kohlen für die minderbemittelte Bevölkerung zur Verfügung gestellt.

Lieber geschenkt als verkauft. Eine Hamsterin aus Augsburg versuchte, wie den „Augsburger Neuesten Nachrichten“ glaubwürdig erzählt wird, dieser Tage in verschiedenen Ortsschaften im Schwäbischen Kartoffeln zu bekommen. Jedoch vergeblich.

Frühe Polizeistunde. In Frankfurt a. M. ist die Polizeistunde für Gast- und Schankwirtschaften bis auf weiteres auf 9 Uhr abends festgesetzt worden. Die gleiche Bestimmung gilt auch für geschlossene Gesellschaften, wie Klubs, Logen usw., soweit damit ein Gast- und Schankwirtschaftlicher Betrieb verbunden ist.

Ein Erzherzog als Fabrikdirektor. Der ehemalige Erzherzog Josef Franz von Oesterreich, der sich seit Jahren mit Chemie und Keramik beschäftigt wurde zum Direktor einer keramischen Fabrik in Ungarn berufen.

Handel und Verkehr.

Dollarstand am 29. Oktober:

Table with exchange rates for various locations: London, Paris, Amsterdam, etc. Total value: 64,838,000,000 G. 65,162,000,000 Dr.

Die Freiburger Weinbörse wies am letzten Vorkentage wiederum zahlreiche Besucher auf. In die für Angebote aufgelegten Listen wurden zahlreiche Eintragungen vorgenommen, so daß Wein und Brandtwein in nennenswerten Mengen gekauft werden konnten.

Stuttgarter Börse, 29. Okt. Trotzdem von den auswärtigen Börsen eine feste Tendenz gemeldet wurde, war die Montagbörse uneinheitlich. Ausgesprochen Favoriten konnten ihre Kurse behaupten und sogar weiter erhöhen.

L.C. Stuttgarter Landesproduktbörse, 29. Okt. Auf der Börse am Montag notierten je 100 Kilogramm in Milliarden M.: Weizen 300-320, Roggen 280-300, Gerste 230-250, Haber 100-110, Weizenmehl 500 bis 550, Brotmehl 440-480, Kleie 70-80, Wiesenheu 45-55, Stroh 40-55.

Calw, 27. Okt. Dem Vieh- und Schweinemarkt waren zugeführt: 1 Fart, 36 Kähen und Stiere, 16 Kühe, 49 Rinder und Kalbinnen, 121 Milchschweine. Erlöse wurden für Stiere jährlich 60 Goldmark, Stiere jährlich 2 1/2 Millionen, Kühe jährlich 4 Millionen 20 Milliarden, 1 Buchschuh 60 Goldmark, Milchschweine pro Paar 40-70 Milliarden. Bei Vieh war der Handel sehr flau.

Letzte Nachrichten.

Die Billionenschneise vor der Ausgabe.

BR. Berlin, 20. Okt. Wie das „Berliner Tageblatt“ erzählt, werden noch im Laufe der Woche 1, 2, 5 und 10 Billionenschneise zur Ausgabe gelangen.

England wendet sich nochmals an Amerika.

BR. London, 30. Okt. Reuter erzählt, das Kabinett habe gestern über die französische Antwort auf Baldwins Vorschläge betreffend eine Reparationskonferenz beraten. Es wird für wahrscheinlich gehalten, daß Großbritannien im Hinblick auf Poincarés Antwort nochmals die Regierung der Vereinigten Staaten zu Rate ziehen werde.

Der Mittelkurs.

BR. Berlin, 29. Okt. (Mitteilung der Reichsbank.) Der zur Durchführung der Devisenverordnung maßgebende amtliche Mittelkurs des Dollars ist heute, am 29. Oktober 65 000 000 000 Mark.



Die Lage in Sachsen.

Die Reichswehrtruppen besetzten die öffentlichen Gebäude und das Landtagsgebäude.

WZB. Dresden, 30. Okt. Gestern Nachmittag haben Reichswehrtruppen die öffentlichen Gebäude, die Ministerial- und das Landtagsgebäude besetzt.

Der Bezirkskommandeur, Generalleutnant Müller, erließ folgende Bekanntmachung: „Unter Aufhebung der bisher über das Versammlungsrecht von mir erlassenen Verordnungen bestimme ich: Politische Versammlungen jeder Art sind im Freistaat Sachsen bis zur anderweitigen Regelung verboten. Zusammenkünfte unterliegen bis im § 7 meiner Verordnung vom 27. September angeführten Strafandrohung.“

Ein Aufruf an die sächsische Bevölkerung.

WZB. Dresden, 30. Okt. Der Reichskommissar für den Freistaat Sachsen, Reichsminister a. D. Dr. Heine, erläßt einen Aufruf an die sächsische Bevölkerung, in dem er es als seine Hauptaufgabe bezeichnet, zusammen mit dem Militärbefehlshaber des Bezirkes IV die Ordnung und Sicherheit im Lande wiederherzustellen, für die Ernährung der Bevölkerung zu sorgen und die Bildung einer neuen Regierung auf parlamentarischer Grundlage zu fördern. Von der Bevölkerung erwarte er, daß sie getreu ihren Amtspflichten nachkommt.

Die Aufrufe im Ministerialgebäude.

WZB. Berlin, 30. Okt. Gegenüber Gerüchten, wonach bei der gestrigen Besetzung des Ministerialgebäudes in Dresden durch die Reichswehr Dr. Heine und andere Minister unter Anwendung brutaler Gewalt aus ihren Amtszimmern vertrieben worden seien, stellt ein amtlicher Bericht fest, daß die Minister dem höflichen Ersuchen, das Ministerialgebäude zu verlassen, ohne weiteres entsprochen. Lediglich der kommunistische Minister Bötsch er erklärte, daß er nur der Gewalt weiche. Er wurde von einem Offizier bis an den Ausgang des Regierungsgebäudes geleitet, doch fand auch hierbei keine Gewaltanwendung statt.

Ein dreitägiger Generalkrieg beschlossen.

WZB. Berlin, 30. Okt. Wie die Blätter melden trat gestern Abend das Reichskabinett zu einer Sitzung zusammen, um sich mit der Lage in Sachsen zu beschäftigen. Wie der „Vorwärts“ meldet, protestierten die Sozialdemokraten gegen das Vorgehen des Reichskommissars Dr. Heine und des Generals Müller. Eine weitere Entscheidung würden die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder im Einverständnis mit den Parteiführern treffen.

Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ aus Dresden haben die Spitzenorganisationen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Fabrikbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, sowie die Parteiführer

tionen der U.S.P.D. und der R.P.D. für Sachsen in einer gemeinsamen Sitzung ab heute früh einen dreitägigen Generalkrieg für ganz Sachsen beschlossen.

Bayern.

WZB. Berlin, 29. Okt. Einer Blättermeldung aus München zufolge hat der Generalkommissar die sozialdemokratische „Münchener Post“ bis auf weiteres verboten. Begründet wird das Verbot mit einer Veröffentlichung des Blattes über die Jadenaustragung aus Bayern und einem politischen Kommentar zur Note der Reichsregierung an Bayern, worin darauf hingewiesen wird, daß der Widerstand Bayerns nicht weniger gefährlich für die Einheit des Reiches sei, als der sächsische. Auch das Hauptorgan der Sozialdemokraten in Schwaben-Neuburg, die in Augsburg erscheinende „Schwäbische Volkszeitung“ ist auf acht Tage verboten worden.

WZB. München, 29. Okt. Von Regierungsseite wird die Mitteilung der Reichsregierung vom 27. Oktober nicht als Ultimatum aufgefaßt. Man ist der Auffassung, daß auch die Reichsregierung die Mitteilung nicht als solche aufgefaßt wissen will.

Der Ministerrat, der für Montag angeberstet war, findet morgen statt. Die bayerische Staatsregierung wird voraussichtlich morgen zur ganzen Angelegenheit Stellung nehmen.

Nach französischem Muster.

WZB. Greifeld, 29. Okt. Bei der Besetzung des Rathauses in Greifeld durch die Separatisten am 27. Oktober wurden von diesen nachmittags 42 Millionen und abends 27 Millionen, zusammen 69 Millionen, entwendet.

Die Lage im Rheinland.

WZB. Berlin, 29. Okt. Wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, hat sich nach den aus dem Rheinland vorliegenden Meldungen die Lage dort gebessert. So sind München-Graben, Neuf, Pflaum und andere Orte von den Separatisten frei. In Trier sind an Stelle der Separatistenposten französische Posten aufgestellt mit der Begründung, daß die Separatisten bei ihrem Erscheinen zu sehr benutzigten. In mehreren Orten sind Plünderungen vorgekommen.

WZB. Berlin, 29. Okt. Aus allen Teilen des besetzten Gebietes bei der Reichsregierung einlaufende Nachrichten beweisen, daß die eingesessene Bevölkerung der Rheinlande und des Ruhrgebietes dem hochverräterischen von landfremden Elementen angezettelten Separatistenputsch mit verschwindenden Ausnahmen völlig ablehnend gegenübersteht. Der Separatistenputsch ist damit trotz der gewaltsamen Inbesitznahme einiger öffentlichen Gebäude von vornherein zum Scheitern verurteilt. Mit bezahltem Gefindel läßt sich kein Staat gründen. Die verzweifeltsten Anstrengungen der Separatisten und ihrer Helfer, die Bevölkerung durch Einschüchterung und

falsche Nachrichten zu beeinflussen, vermögen daran nichts zu ändern. Die Reichsregierung zollt der fanatischen Bevölkerung des besetzten Gebietes volle Anerkennung. Sie zeigt, daß das besetzte Gebiet sich durch nichts vom Vaterland trennen läßt und ihm auch weiterhin die Treue hält. Das feste Vertrauen bei Reich und Ländern ist und bleibt die stärkste Stütze in dem gerechten Kampf an Rhein und Ruhr für das Deutschtum und gegen die Verwelschung.

Die wertbeständigen Zahlungsmittel und die Lohnzahlung.

WZB. Berlin, 30. Okt. In den Besprechungen, die gestern im Reichsarbeitsministerium zwischen den beteiligten Reichsressorts und Vertretern der Spitzenverbände der Arbeitnehmer stattgefunden haben, ist auf Grund der Erklärungen des Direktors des Reichsfinanzministeriums festgestellt worden, daß wertbeständige Zahlungsmittel in einer zur Lohnzahlung ausreichenden Menge in der laufenden Woche noch nicht zur Verfügung stehen. Erst in der kommenden Woche wird ein zunächst noch geringer Bruchteil der Löhne und Gehälter wertbeständig ausgezahlt werden können. Der Übergang zur vollen Bezahlung in wertbeständigen Zahlungsmitteln wird noch einige Wochen in Anspruch nehmen. Er kann sich natürlich in dem Ausmaß vollziehen, in dem die Herstellung wertbeständiger Zahlungsmittel technisch möglich ist.

Die Vertreter der Spinnereigewerkschaften forderten einmütig den sofortigen Übergang zur Berechnung der Löhne in Goldmark. Die endgültige Klärung dieser Teilfrage ist noch nicht erfolgt. Die Besprechungen hierüber sollen daher am Mittwoch, den 31. Oktober, unter Beteiligung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeverbände fortgesetzt werden.

Schwere Raubfällungen und Plünderungen.

WZB. Düsseldorf, 30. Okt. Am Sonnabend kam es an verschiedenen Stellen der Stadt zu Plünderungen und schweren Zusammenstößen mit der Polizei. Bei den Kämpfen in der Parkstraße wurde ein Arbeiter durch einen Lungenschuß und eine Lagerstraße durch einen Kopfschuß getötet. Besonders schwere Raubfällungen dauerten in Gereshheim bis in die Nacht hinein an. Dort wurde das Gerichtsgelände von etwa 400 Menschen gestürmt und dabei 14 Strafgefangene befreit. Mit Hilfe des französischen Postens wurden die Raubfällungen gesteuert. In den frühen Morgenstunden lebten die Tumulte auch in Oberbill wieder auf. Eine große Menschenmenge stürmte ein Spritzlager in der Kölnenstraße. Die Fässer mit Mohrrautwein wurden angebohrt und ihres Inhaltes beraubt. Die Plünderer begannen bereits an Ort und Stelle soviel Schnaps zu trinken, daß sie sich auf der Straße heramwölften. Am Vormittag kam es noch an verschiedenen Stellen zu Raubfällungen und Plünderungen.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altenreig.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Reut.



Dixie

Henkel's Seifenpulver

das Seifenpulver für jedes Waschverfahren. Größte Ergiebigkeit!

Druckarbeiten

für Behörden, Geschäfte
u. Private liefert schnell
und preiswert die
W. Rieker'sche Buchdr.

Annonce Veranmeldungen.

Die Gebühren der Kaminseger

werden mit Wirkung vom 1. Okt. 1923 an bis auf Weiteres auf das 4285 Markensatz der Festsetzung vom 1. Juli 1919 (Staatsanzeiger Nr. 249 v. Jahr 1921) bestimmt. Umfassende darf noch besonders angerechnet werden.

Nagold, den 29. Okt. 1923. Oberamt: Müng.

Fünfbrenn.

Die Gemeinde verkauft am **Donnerstag, d. 1. Nov. d. J. nachm. 2 Uhr** auf dem Rathaus im öffentlichen Auktionslokal:

- 15,38 Fm tannen Langholz
- 65 Stück Banstangen
- 27 „ Hagstangen
- 37 „ Hopfenstangen
- 6 Rm Papierprügel.

Im Anschluß an obigen Holzverkauf kommen auf dem Rathaus

3 alte Säulenöfen

zur Versteigerung. Gemeinderat.

OSTERTAG-Kassenschränke

Vertr. G. Köbele, Nagold, Fernspr. 126.

Otto Kaltenbach
Frida Kaltenbach
geb. Kraus
Vermählte

Ludwigsburg Ludwigsburg
Egenhausen Schramberg.

6-8 Stk.

Kartoffeln

gegen wertbeständige Bezahlung zu kaufen gesucht.
Wer? — sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Briefordner
und
Schnellhefter
sowie
Durchschlagpapier
Schreibmaschinen
Kohlenpapier
hat stets auf Lager
die
W. Rieker'sche Buchdr.

Nl. Britischen Wogen

sowie 2 gutgehollene
wasserd. Pferddecken
tausch geg. Lebensmittel
zu erst. i. d. Geschäftsst. ds. Bl.

BREMEN



AMERIKA

OSTASIEN

AUSTRALIEN

Regelmäßiger Pargonan- und Frachverkehr mit eigenen Dampfern. Amerikaner vorzügliche Unterbringung u. Verpflegung für Reisende aller Klassen.

Reisegepäck-Versicherung

Nähere Auskunft durch
NORDDEUTSCHER
LOYD
BREMEN
und seine Vertretungen

Innstadt: Berg u. Schmid, Marktstr. 10
Innstadt: Berg u. Schmid, Marktstr. 10
Innstadt: Berg u. Schmid, Marktstr. 10

Altenreig.

Kokosfett und Speiseöl

empfehl!

Drogerie Apotheker Jos. Engler
gegenüber dem „Grünen Baum“

Jeden Tag

haben Sie Gelegenheit, den Inseratenteil unserer Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ als Sprachrohr zu benutzen, anzufündigen, was Sie zu verkaufen haben, oder Kauf-, Tausch- und sonstige Gesuche bekannt zu geben.